

BAUSTELLE DEMOKRATIE



Fünf Herausforderungen
für die Schweiz

Arbeitspapier –
Schweizer Think-Tanks
und Foresighters



Die Demokratie ist unter Druck.

DIE FÜNF HERAUSFORDERUNGEN

- | | | |
|---|---------------------------|-------|
| 1 | Schweiz in der Welt | S. 3 |
| 2 | Verhinderte Teilhabe | S. 7 |
| 3 | Erschwerte Informiertheit | S. 11 |
| 4 | Schnelle Krisen | S. 15 |
| 5 | Demokratie-Müdigkeit | S. 20 |

Die Organisation Freedom House bemerkte 2022 zum 16. Mal in Folge einen Verlust von Demokratie weltweit und eine «globale Ausdehnung autoritärer Herrschaft».

Diese Entwicklung spüren nicht nur junge, sondern auch etablierte Demokratien. Präsident:innen und Parteien denken offen darüber nach, Wahlniederlagen nicht mehr zu akzeptieren. Wähler:innen setzen ihre Hoffnung in explizit antidemokratische Kräfte. Unternehmer:innen und Intellektuelle schwärmen von der Effizienz autoritärer Führung. Jugendliche sehen in Umfragen nicht mehr, was die Staatsform Demokratie ihnen an Vorteilen bringen soll. Die vom Soziologen Larry Diamond festgestellte Rezession der Demokratie ist real.

Die Schweiz wähnt sich gern unberührt von diesem Geschehen. Wir verstehen uns als solideste, ja beste Demokratie der Welt, als Leuchtturm, von dem andere nur lernen können. Wo sonst bestimmt das Stimmvolk mehrmals im Jahr direkt über die Geschicke der Nation? Demokratie, so scheint es, können wir.

Doch stimmt das wirklich? Wie stabil ist unser demokratisches System, wie gerecht, wie zukunftsfähig? Wie gehen wir um mit der steigenden Zahl von Menschen, die von politischer Teilhabe ausgeschlossen sind? Wie begegnen wir den sich verändernden geopolitischen Fronten, Russlands Angriff auf die Ukraine? Was machen die Folgen des Klimawandels und die Gestaltungsmacht multinationaler Unternehmen mit der Demokratie? Es herrscht mehr Handlungsbedarf, als die Schweiz sich eingesteht.

Eine Runde der Schweizer Think-Tanks und Foresight-Organisationen ist 2022 zusammengekommen, um über Herausforderungen für die Demokratie zu diskutieren. Das Treffen fand auf Einladung der Stiftung Mercator Schweiz und der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft statt. Ziel war es, offensichtliche wie verborgene Entwicklungen zusammenzutragen sowie konkrete Massnahmen zur Stärkung und Entwicklung der Demokratie in der Schweiz zu identifizieren.

Sieben Organisationen – Avenir Suisse, Denknetz, Dezentrum, foraus, Gottlieb Duttweiler Institut GDI, Institut Neues Schweiz INES und Reatch – nehmen im vorliegenden Arbeitspapier Stellung zu fünf Herausforderungen für die Demokratie in der Schweiz.

Die Organisationen haben die Herausforderungen gemeinsam benannt, geben hier aber individuelle Antworten auf die Frage, welche konkreten Massnahmen diese Entwicklungen in der Schweiz verlangen. Die vorliegende Publikation ist keine gemeinsame Handlungsempfehlung an die Politik, sondern bildet die Vielstimmigkeit und Verschiedenheit der Think-Tanks ab. Vielfalt ist die Stärke der Demokratie.

Das Arbeitspapier richtet sich an Entscheidungsträger:innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie an die interessierte Öffentlichkeit. Es soll inspirieren, Impulse geben – und hoffentlich den Weg für Experimente und Innovationen weisen. Wie beim ersten Arbeitspapier zur Klimakrise (2022) haben hier unterschiedliche Organisationen trotz inhaltlicher Differenzen zu einem kollegialen Austausch zusammengefunden. Wir danken allen Beteiligten für ihr Mitwirken und freuen uns, dass die Gruppe der Zukunftszugewandten Bestand hat. ■

Andrew Holland, Geschäftsführer
STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

+

Peter Haerle,
Geschäftsleiter SCHWEIZERISCHE
GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT

1 — SCHWEIZ IN DER WELT

Die Schweiz braucht neue Ideen und Allianzen für die Mitbestimmung im digitalen Raum

Die Schweiz ist keine Insel, sondern vielfach verflochten mit der Welt. Gerade die Gestaltung des Internets findet jenseits der Landesgrenzen statt, beeinflusst aber massgeblich, wie wir in der Schweiz arbeiten und kommunizieren. In Zukunft dürften sich weitere Aspekte des täglichen Lebens und auch des Wählens und Abstimmens in die digitale Sphäre verlagern.

Wie kann die Schweiz ihre Mitbestimmung und ihren Gestaltungsanspruch in der digitalen Welt langfristig wahren? Wie kann die Schweiz mit anderen Demokratien digital kooperieren? Und welche Rolle kann und soll die Schweiz geopolitisch einnehmen, etwa im Projekt Europa und seiner Vision für die digitale Welt?

FORAUS
Die Schweiz sollte über eine neutrale, humanitäre Cloud für die Welt nachdenken
S. 4

GDI
Mit Europa für ein offenes Internet
S. 6

FORAUS
Die Schweiz muss von dynamischeren, digitalen Demokratien lernen
S. 5

Die Schweiz sollte über eine neutrale, humanitäre Cloud für die Welt nachdenken

Ob bipolar, multipolar oder apolar: Wir leben in einer zunehmend konfrontativen Welt. Der Cyberraum ist zentraler Schauplatz dieser Auseinandersetzungen und macht vor Grenzen keinen Halt. Dies ist nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine klar.

Ein Grossteil der Datenclouds sind entweder von chinesischen oder von amerikanischen Firmen verwaltet. Cyberangriffe von staatlichen und nicht-staatlichen Akteur:innen sind an der Tagesordnung. Diese Erfahrung hat 2022 auch

Die Schweiz als Depositarstaat des humanitären Völkerrechts und neutraler Staat ist prädestiniert, hier Leadership zu übernehmen und einen Beitrag speziell zum Schutz von Daten vulnerabler Menschen zu leisten. Die genaue Ausgestaltung dieser Leadership ist auf verschiedene Art und Weise denkbar und bedarf einer Strategie für humanitäre Sicherheit im digitalen Raum. Die Schweiz sollte etwa die Bemühungen des IKRKs für ein digitales Schutz-Emblem entschlossen unterstützen. Weiter könnte sie anregen, einen neutralen Ort für Daten von vulnerablen Menschen innerhalb der US- und chinesischen Clouds für humanitäre Zwecke einzurichten. Oder sie könnte sogar darüber nachdenken, selbst eine staatliche neutrale, humanitäre Cloud zu schaffen. Entsprechende Infrastruktur für sichere Datenkanäle müsste gewährleistet werden. Natürlich ist das ein grosser Anspruch. Aber überhaupt laut und konkret darüber zu sprechen, bedeutet Leadership.

Der Mehrwert eines neutralen Datenraums – eingebettet in bestehende Clouds oder als separate Cloud – bestünde etwa darin, dass vulnerable Menschen nicht doppelt verwundbar sind, indem sie geopolitischen Machtkämpfen ausgesetzt sind. Der diplomatische Status als Brückenbauerin unterstützt die Glaubwürdigkeit der Schweiz in dieser Rolle. Die Neutralität hat nur Zukunft, wenn sie einen mutigen Beitrag leistet. Die Verantwortung für den Aufbau einer solchen Cloud läge beim Bundesrat und Parlament. Unterstützt werden könnten sie von der Expertise der Eidgenössischen Hochschulen in diesem Bereich. ■

Der Status als Brückenbauerin unterstützt die Glaubwürdigkeit der Schweiz in dieser Rolle.

das Internationale Komitee des Roten Kreuzes gemacht. Besonders besorgniserregend dabei ist, dass Daten von mehr als einer halben Million meist vulnerablen Personen (d.h. etwa Vermisste, Inhaftierte, Geflüchtete) entwendet wurden.

Julian Kindlimann, Fabian Dalbert,
Isabel Knobel + Anna-Lina Müller
FORAUS

Die Schweiz muss von dynamischeren, digitalen Demokratien lernen

Die direkte Demokratie ist *das* Schweizer Heiligtum, und ihr Vorbildcharakter wird auch in der Aussenpolitik gern betont. Angesichts der Abwärtsspirale, in der sich viele Demokratien weltweit befinden, ist es aber an der Zeit, auch das Schweizer System ehrlich auf den Prüfstand zu stellen und zukunftsfähig zu machen. Dazu braucht es eine systematische Analyse von dynamischeren, digitalen Demokratieformen im Ausland. Estland beispielsweise bewegt sich weg vom hierarchischen Government hin zu flexibler, kreativer Netzwerk-Governance. Eine hochentwickelte digitale Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für innovatives Regierungsdenken. Bürger:innen übernehmen mehr Verantwortung, etwa

lerin Audrey Tang laufend neue Open-Source-Programme, die zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten und ein Gefühl kollektiver Verantwortung schaffen. Es geht nun nicht darum, dass die Schweiz jedes Instrument kopiert. Es geht darum, dass wir uns nicht länger auf unseren demokratischen Errungenschaften ausruhen, sondern uns öffnen für Demokratie-Innovationen. Auch im Inland lassen sich vielversprechende Ansätze auf lokaler und regionaler Ebene finden, etwa das Partizipationsportal der Stadt Zürich oder die Semaine de la démocratie im Kanton Genf. Es braucht ein systematisches Scanning von Innovationen im Aus- und Inland sowie den Zusammenschluss von Akteur:innen, um geeignete Lösungen umzusetzen. Die Bundeskanzlei könnte als informelles Digitalministerium den Prozess koordinieren und vorantreiben, während die Landesregierung mit einem Jahr der digitalen Demokratie den gesellschaftlichen Diskurs lanciert. ■

Es geht darum, dass wir uns öffnen für Demokratie-Innovationen.

beim Participatory Budgeting. Auch in Taiwan ist die politische Öffentlichkeit weitgehend digital. Menschen können auf prosozialen Plattformen politische Themen zur Debatte stellen oder Online-Petitionen einreichen, die die Regierung beantworten muss. Eine Civic-Tech-Community inkubiert zusammen mit der Digitalministerin und Software-Entwick-

Julian Kindlimann, Fabian Dalbert,
Isabel Knobel + Anna-Lina Müller
FORAUS

Mit Europa für ein offenes Internet

Das Internet ist zu grossen Teilen ein demokratiefreier Raum. Einige wenige Plattformen, denen man sich kaum entziehen kann, diktieren die Spielregeln. Ihre Macht basiert auf Daten: Niemand weiss so viel über Zimmerbelegungen wie Booking.com, niemand verfügt über so viele Verkehrsdaten wie Google.

**Mit einer europäischen Open-Data-Politik
kann ein auf Nutzer:innenrechten
basiertes Internet geschaffen werden.**

Um diese Monopole zu brechen, müssen diese Daten offen zugänglich gemacht werden. So könnten auch andere Webseiten, Apps oder Sprachassistenten darauf zugreifen und konkurrierende Dienstleistungen entstehen. Nutzende hätten dann die Freiheit, Anbieter zu wählen, welche etwa die Privatsphäre eher respektieren.

Voraussetzung dafür: Die Daten müssen in Standards offen liegen, die genügend verbreitet sind. Erst dann lohnt es sich für Anbieter alternativer Anwendungen, diese Standards zu berücksichtigen. Der Bund könnte darum Organisationen und Verbände dabei unterstützen, sich auf Standards zu einigen (z. B. Verkehrsbetriebe für Fahrplan-Daten) und Daten frei zugänglich bereitzustellen.

Erfolgversprechender als ein Schweizer Alleingang ist eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Gesamteuropäische Standards finden eher Beachtung als rein Schweizerische. Mit einer europäischen Open-Data-Politik kann ein auf Nutzer:innenrechten basiertes Internet geschaffen werden und damit eine demokratischere Alternative zum hyperkapitalistischen US-Modell wie auch zu den staatlich-autoritären Netzstrukturen Chinas. ■

Jakub Samochowiec + Jan Bieser
GDI

2 — VERHINDERTE TEILHABE

Zu viele Bewohner:innen der Schweiz sind ohne Stimm- und Wahlrecht

25 Prozent der Schweizer Gesamtbevölkerung haben keinen Schweizer Pass und sind deshalb weder stimm- noch wahlberechtigt – obwohl sie in der Schweiz Steuern bezahlen und teilweise hier geboren sind. Darf eine echte Demokratie so viele Menschen von der politischen Mitbestimmung ausschliessen? Brauchen wir neue Partizipationsformate, die es der gesamten

Wohnbevölkerung erlauben, ihre Perspektiven, ihr Wissen und ihre Wünsche einzubringen? Welche staatspolitischen Reformen sind nötig, damit die Demokratie wirklich für alle da ist?

AVENIR SUISSE
Niedergelassene Ausländer:innen brauchen politische Teilhabe
S. 8

INES
Die Schweiz braucht ein Grundrecht auf Einbürgerung
S. 9

DEZENTRUM
Wir Stimmbürger:innen brauchen globale Teilhabe
S. 10



Erleichterte Partizipation für niedergelassene Ausländer:innen

Die geringe Stimmbeteiligung in der Schweiz (meist unter 50 %) wird – gerade von ausländischen Expert:innen – gerne kritisiert. Doch sie ist nicht per se ein Problem. Denn dass hierzulande, wo sich die Stimmbevölkerung jährlich auf drei Staatsebenen zu meist weit über zehn Vorlagen äussern kann, die Beteiligung pro Vorlage geringer ist als in Ländern, wo bloss alle vier Jahre einmal die Landesregierung zur Wahl

Die Erweiterung des Kandidat:innen-Pools könnte dabei helfen, den Zerfall des Milizprinzips zu bremsen.

steht, liegt auf der Hand – zudem: Konstant von Volksabstimmungen fern halten sich nur ca. 20 % der Stimmberechtigten. Anders ist zu beurteilen, dass über 25 % der Volljährigen gar nicht Teil der Stimmbevölkerung sind: die Einwohner:innen ohne Schweizer Pass. Viele davon leben permanent in der Schweiz und sind von den politischen Entscheiden genauso

betroffen wie Schweizer Bürger:innen. Und nicht zuletzt sind sie hier steuerpflichtig. Dem in der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung berühmt gewordenen Motto «No taxation without representation» ist damit nicht Folge geleistet. Um diesen Missstand zu schmälern, könnte zum Beispiel niedergelassenen Ausländer:innen (Bewilligung C) zumindest auf Gemeinde- und Kantonsebene grundsätzlich das Stimmrecht und das aktive Wahlrecht verliehen werden. Ebenso könnte ihnen das passive Wahlrecht eingeräumt werden, also das Recht, ein politisches Amt auszuüben. Eine solche Erweiterung des Kandidat:innen-Pools könnte dabei helfen, den Zerfall des Milizprinzips zu bremsen. Sollte eine Ausweitung des Wahl- und Stimmrechts auf Ausländer:innen mit Niederlassungsbewilligung C zu weit entfernt von politischer Mehrheitsfähigkeit sein, wären zumindest Mechanismen ins Auge zu fassen, die eine Einbürgerung erleichtern bzw. beschleunigen. Zum Beispiel sind die Aufenthaltsfristen in Gemeinden nicht mehr zeitgemäss, und auch der Einbürgerungsprozess selber dauert mit zwei Jahren lange und ist kostspielig. ■

Lukas Rühli
AVENIR SUISSE

Die Schweiz braucht ein Grundrecht auf Einbürgerung

Von den rund 8.5 Millionen Menschen, die in der Schweiz leben und zum gesellschaftlichen Leben beitragen, haben rund 25 Prozent keinen Schweizer Pass. Nach wie vor ist es in der Schweiz aufgrund der gesetzlichen Lage europaweit mit am schwersten, eingebürgert zu werden. Der daraus folgende Ausschluss eines ganzen Viertels der Bevölkerung – Tendenz steigend –, von Steuerzahler:innen, die längst in der Schweiz ihre Heimat haben, fügt der Demokratie immensen Schaden zu.

Alle Kinder, die in der Schweiz geboren werden, sollten automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten.

Die Einbürgerung hat nachweislich einen starken Einfluss auf die dauerhafte Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Teilhabe und Identifikation. Um das zu fördern, sollten alle Kinder, die in der Schweiz geboren werden, automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Darüber hinaus sollten sich alle spätestens dann einbürgern lassen können, wenn sie seit fünf Jahren in der Schweiz leben und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von Herkunftsland, Aufenthaltsstatus, Wohngemeinde und sozialem Status. Auch die

durchaus notwendige Einführung eines Einwohner:innenstimm- und -wahlrechts ist kein Ersatz für den grundlegenden Perspektivenwandel in Hinblick auf die Frage von Staatsangehörigkeit und Bürger:innenschaft. Wir brauchen eine zivilgesellschaftlich breit abgestützte Verfassungsinitiative für ein Grundrecht auf Einbürgerung. ■

Kijan Espahangizi
Institut Neue Schweiz INES

Wir Stimm- bürger:innen brauchen globale Teilhabe

Die Folgen der Klimakrise sind spürbar, aber nicht überall gleich stark. Die Klimakrise wird von Industriestaaten angefeuert und verwüstet den globalen Süden. Neue Technologien aus dem Silicon Valley bringen langsam jedes Dorfädeli unter

Klimakrise, globale Migration und Digitalisierung übersteigen die nationalstaatliche Handlungsmacht.

Druck, ohne dass es viel an der Situation mitbestimmen könnte. Firmen wie Google oder Apple sind in San Francisco entstanden, betreiben heute aber Services in der ganzen Welt, haben etwa Datenzentren in Irland, aber zahlen an keinem dieser Orte Steuern.

Gleichzeitig werden die Menschen immer mobiler. Zum Schutz der eigenen Existenz, aus Flucht vor der Klimakrise, zur Verbesserung der Ausbildungschancen. In der Schweiz trifft diese Mobilität auf eine der restriktivsten Einbürgerungspolicies von Europa. Wenn ein immer grösser werdender Teil der ständigen Wohnbevölkerung nicht mitentscheiden kann, führt das zu einem Demokratiedefizit.

Klimakrise, globale Migration und Digitalisierung übersteigen die nationalstaatliche Handlungsmacht. Im Bereich des Datenschutzes zeigt sich, dass erst gemeinschaftliche Regelungen (wie die DSGVO) Wirkung entfalten. Es braucht also eine internationale Kooperation, die Lösungen findet und nicht nur sucht. Es ist ausserdem an der Zeit, die politische Teilhabe neu zu denken: Wieso stimmen wir in der Schweiz über Arbeitsbedingungen in Asien ab? Ansätze, die nicht die Mitgliedschaft in einem Nationalstaat, sondern die Betroffenheit ins Zentrum stellen, sind das benötigte Gegenstück zu internationalen Organisationen. ■

Jeannie Schneider + Lukas Hess
DEZENTRUM

3 — ERSCHWERTE INFORMIERTHEIT

Politische Teilhabe braucht Information. In der Schweiz sind zu viele Menschen nicht ausreichend mit gesicherten Fakten versorgt, die Forschung spricht von News-Deprivation. Gerüchte, Falschmeldungen und gezielte Desinformation bleiben zu oft unkorrigiert und werden von algorithmischen Systemen schnell verteilt. Auf vielen Medienplattformen und Influencer-Kanälen schwimmt

die Grenze zwischen redaktionellen und kommerziellen Inhalten. In den Regionen gerät der Lokaljournalismus unter wirtschaftlichen Druck. Internationale Unternehmen formen den digitalen Debattenraum. Wie können wir den Umgang mit Faktenunsicherheit trainieren? Wie lässt sich hochwertige Information wirkungsvoll verbreiten? Und wie schützt sich die Schweiz vor Propaganda?

AVENIR SUISSE
Wahrscheinlichkeitsrechnung für alle
S. 12

REATCH
Wissenschaftliche Evidenz muss zugänglicher sein
S. 13

DEZENTRUM + DENKNETZ
Wir brauchen ein Mediensystem, das den demokratischen Diskurs fördert
S. 14

Die Bevölkerung braucht
besseren Zugang
zu gesicherten Fakten

Wahrscheinlichkeitsrechnung für alle

Eine gut gebildete Bevölkerung ist eine weniger manipulierbare Bevölkerung. Besonders die politische Bildung sollte einen höheren Stellenwert geniessen als bisher. Nicht nur Fachwissen ist entscheidend, sondern auch die Fähigkeit, Dinge auf einer Meta-Ebene richtig einzuordnen. Des Weiteren ist in einer Welt mit Informationsüberfluss und Deepfakes die Medienkompetenz wichtiger denn je. Hier haben ältere Menschen – die in einer anderen Welt aufgewachsen sind – mindestens so hohen Aufholbedarf wie junge.

In einer immer komplexeren Welt wäre es zudem wichtig, mit dem Konzept «Wahrscheinlichkeit» umgehen zu können, um darauf basierend Entscheidungen zu treffen. Vielen Menschen fehlt aber jeglicher Sinn für Wahrscheinlichkeiten. Fragt man Personen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Ereignis – dessen Eintritt weder unplausibel noch sicher ist – eintrete, erhält man nicht selten die Antwort: «fifty / fifty». Sie

**«Alle guten Ideen wurden bekämpft.
Diese Idee wird bekämpft. Also muss sie
eine gute Idee sein!»**

meinen damit aber üblicherweise nicht, dass die Wahrscheinlichkeit für beide Ausgänge gleich gross ist, sondern dass das Ereignis eben eintreffen könnte oder auch nicht. Nur schon die Unterscheidung zwischen Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit fällt also vielen schwer.

Definitiv überfordert sind die meisten mit der Einschätzung bedingter Wahrscheinlichkeiten. Dazu ein Beispiel: Geht ein Einbruchalarm los, liegt für befragte Personen die Annahme nah, dass eingebrochen wurde – umso mehr, wenn man sie darüber informiert, dass die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Auslösung des Alarms (innerhalb eines bestimmten Zeitraums) bei bloss 1% liegt. Ausser Acht gelassen wird dabei die generell sehr geringe Wahrscheinlichkeit für einen Einbruch. Läge diese bei 0,1%, so würden statistisch gesehen 10 Fehllarme auf 1 Einbruch fallen. Die Wahrscheinlichkeit für Einbruch läge also bei Alarm bei bloss 9,1%. Es gibt diverse andere Situationen, in denen dieses Prinzip zu Fehlschlüssen führen kann, so etwa bei Diagnosen im Gesundheitsbereich, bei der Einschätzung von Tatverdächtigen oder auch schlicht bei der Beurteilung von Ideen (oft gehört: «Alle guten Ideen wurden bekämpft. Diese Idee wird bekämpft. Also muss sie eine gute Idee sein!»). Dieser Verständnismangel erhöht die Erfolgchancen populistischer Politik, erleichtert die Instrumentalisierung von Ängsten und leistet damit nicht zuletzt rassistischem Gedankengut Vorschub. Wahrscheinlichkeitsrechnung wird nur an Gymnasien gelernt. Das muss sich ändern. ■

Lukas Rühli
AVENIR SUISSE

Wissenschaftliche Evidenz muss zugänglicher sein

Öffentliche Diskussionen sollten auf Fakten basieren. Fakten sind durch valide Argumente begründete Annäherungen an die Wirklichkeit. Im demokratischen Diskurs verhandelte Optionen mögen politisch diverse Interpretationen dieser Fakten sein. Für faktenbasierte Politik muss aber ein Grundkonsens über den aktuellen Stand der Erkenntnis bestehen.

Die Zugänglichkeit zu Information prägt seit jeher das soziale Gefüge. Zuletzt brachen Algorithmen die Macht der etablierten Medienhäuser. Heute bestimmt die Aufmerksamkeitsökonomie die Schweizer Demokratie massgeblich mit.

Erst wenn die Faktenlage zugänglich ist, wird sie kognitiv und demokratisch sinnvoll nutzbar.

Online-Plattformen von Konzernen sind zu Institutionen geworden, die demokratierelevante Informationsstrukturen nach den eigenen Interessen formen. Aus Limitierung wurde ein Überfluss an konkurrierenden Informationen.

Als Antwort fordern Forschende und Think-Tanks unablässig die Verbesserung der Medienkompetenzen. Indi-

viduelles Prüfen gelingt jedoch nur, wenn Fakten im Alltag tatsächlich zugänglich sind. Eine Einordnung gestaltet sich selbst mit einer journalistischen Ausbildung oft schwierig. Trotz höchster Kompetenzen ist die Quellenrecherche zu einer Behauptung, die faktenbasiert sein will, oder auch die Prüfung eines Methodendesigns meist unverhältnismässig zeitintensiv.

Wenn Fakten die Grundlage in öffentlichen Debatten bilden sollen, muss wissenschaftliche Evidenz einfacher und zeitnaher in den demokratischen Prozess einfließen. Neben individuellen Kompetenzen und systemischen Optimierungen braucht es technologische Lösungen, welche die Einordnung stark vereinfachen. Erst wenn die Faktenlage zugänglich ist, wird sie kognitiv und demokratisch sinnvoll nutzbar. ■

Manuel Merki
REATCH

Wir brauchen ein Mediensystem, das den demokratischen Diskurs fördert

Digitale Plattformen haben die Art, wie wir Medien konsumieren, grundlegend verändert. Anders als traditionelle Medienhäuser sind diese Plattformen nicht reguliert und die Herkunft von Information ist weniger leicht ersichtlich. Qualitativ hochwertiger Journalismus kämpft seit dieser Entwicklung immer mehr um nachhaltige Finanzierung, da sich Werbeeinnahmen verlagern. Das Geschäftsmodell der gängigen

Social Media muss reguliert werden, um eine fundierte Berichterstattung und den Schutz der Privatsphäre zu garantieren.

sozialen Medien maximiert aber vor allem die Zeit der Nutzer:innen auf den Plattformen und nicht die Qualität der Information. Die Funktionsweise von Social-Media-Algorithmen bevorzugen provokative, polarisierende Inhalte. Damit drohen Fake News und Desinformation sich immer weiter zu verbreiten, was die Demokratie ernsthaft gefährdet.

Demokratischer Konsens braucht präzise Information und befähigte Bürger:innen. Zwei Massnahmen bieten sich an: Erstens müssen Digital Literacy Skills gesamtgesellschaftlich gefördert werden. Ziel ist es, eigenes Wissen wie auch neue Informationen reflektieren und in einen Kontext setzen zu können. So kann der demokratische Meinungsbildungsprozess mit digitalen Realitäten umgehen. Zweitens muss Social Media reguliert werden, um eine fundierte Berichterstattung und den Schutz der Privatsphäre und damit demokratische Werte zu garantieren. Internationale Gesetzespakete sind dabei ein wichtiges Instrument, um zum Beispiel das Marktortprinzip zu fördern. Diese können aber nur bei hohen Transparenz- und Lobbying-Vorschriften im legislativen Prozess durchsetzungsfähig sein. Die Schweiz muss sich dabei proaktiv positionieren und sich um internationale Zusammenarbeit bemühen. ■

Jeannie Schneider + Lukas Hess
DEZENTRUM
+
René Levy
DENKNETZ

4 — SCHNELLE KRISEN

Wir gehen auf unruhige Jahre zu. Klimawandel, neue Kriege und Machtansprüche, Flucht und Vertreibung, wirtschaftliche Polarisierung, Energieunsicherheit, technologische Disruption: Eine Vielzahl interagierender Krisen wird immer öfter schnelle politische Entscheide verlangen. Für das auf Stabilität und breite Mitsprache ausgerichtete, langsame demokratische System

der Schweiz ist das eine Herausforderung. Haben der Rückgang der Artenvielfalt oder eine neue Pandemie wirklich Zeit für die etablierten Prozesse, für Vernehmlassungen und Föderalismus? Wie können Bund und Kantone krisenkompetenter werden, ohne Notrecht auszurufen? Und wie kann die Politik Krisen frühzeitig antizipieren und damit proaktiv statt nur reaktiv wirken?

AVENIR SUISSE
Die Schweiz muss das Zusammenspiel von Kantonen und Bund optimieren
S. 16

REATCH
Wir brauchen ein föderales Krisennetzwerk
S. 17

FORAUS
Gute Dienste 2.0 für die Welt
S. 18

DENKNETZ
Die Politik sollte Grossunternehmen demokratisieren
S. 19

Plötzliche Erschütterungen fordern den demokratischen Prozess heraus

Die Schweiz muss das Zusammenspiel von Kantonen und Bund optimieren

Aus staatspolitischer und freiheitlicher Sicht ist es wichtig, die Grenze zwischen akuter Krise und langfristiger Herausforderung nicht zu verwischen. Der Klimawandel ist beispielsweise keine Klimakrise (obwohl die Bezeichnung an Beliebtheit gewonnen hat) – und schon gar nicht in der Schweiz.

Der Föderalismus ist grundsätzlich durchaus krisenfähig und resilienter als viele andere politische Systeme.

Als Herausforderung der kommenden Jahrzehnte rechtfertigt er keine Aushebelung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, sondern erfordert langfristig tragbare, breit abgestützte, wirkungsvolle Lösungen statt überhasteten Aktionismus. Anders sieht es mit akuten Krisen wie zum Beispiel der eben erlebten Pandemie, einer Strommangellage oder etwa einer Cyberkatastrophe aus. Hier muss schnell reagiert werden, womöglich auch unter Verletzung gewohnter Grund-

rechte. Der schweizerische, kleinteilige Föderalismus ist grundsätzlich durchaus krisenfähig und resilienter als viele andere politische Systeme – gerade weil Entscheidungen nahe am Bürger getroffen werden. Die Covid-Güterabwägung hat in der Schweiz besser funktioniert als anderswo: Wir hatten hierzulande eine geringere Sterblichkeit bei gleichzeitig weniger Einschränkungen als in unseren Nachbarstaaten. Allerdings wäre es wichtig, mögliche Krisenszenarien mit Expert:innen vorab so gründlich wie möglich durchzudenken und die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen vorausschauend besser zu klären, als dies während der Covid-Krise der Fall war. In solchen Plänen muss aber auch immer Platz für Pragmatismus sein, denn fast jede Krise hat wieder ihr eigenes Gesicht, das nicht genau dem entspricht, was man sich vorab vorgestellt hat. ■

Lukas Rühli
AVENIR SUISSE

Die Schweiz braucht ein föderales Krisennetzwerk der Wissenschaften

Für einen effektiven Umgang mit akuten wie auch graduellen Krisen ist es wichtig, bestehendes Wissen von Forschenden breit abgestützt in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Momentan stehen auf Bundesebene akute Krisen im Fokus, für welche wissenschaftliche Expertise ad hoc hinzugezogen wird.

Der Einbezug wissenschaftlicher Expertise sollte zudem auch Kantonen ohne eigene Hochschule zur Verfügung stehen.

Ein interdisziplinäres Netzwerk von Forschenden könnte den Informationsfluss aus den Wissenschaften in die Politik fundamental verbessern. Transparente Prozesse würden dabei das gesellschaftliche Vertrauen stärken. Dabei das gesellschaftliche Vertrauen. Diese Faktenbasis sollte aber nicht nur dem Bund, sondern auch den Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stehen. Es ist wichtig, Parlamenten und Verwal-

tungen auf allen politischen Ebenen zu ermöglichen, einfach und zielgerichtet wissenschaftliche Rückmeldungen zu ihren Lösungsvorschlägen einzuholen. Der Einbezug wissenschaftlicher Expertise sollte zudem auch Kantonen ohne eigene Hochschule zur Verfügung stehen.

Damit evidenzbasierte Information aus der Wissenschaft für die Politik zugänglich ist, müssen mehr politisch geschulte Forschende zur Verfügung stehen. Vielen Forschenden fällt es schwer, in der föderalen Politiklandschaft der Schweiz die richtigen Ansprechpartner:innen zu finden. Daher sollte politische Bildung Teil der wissenschaftlichen Ausbildung an Hochschulen sein – zum Beispiel in Form von Krisensimulationen.

Ein breit aufgestelltes Netzwerk von Forschenden würde Strukturen schaffen, um in akuten wie auch graduellen Krisen die richtige Forschungsexpertise auf jeder Staatsebene einfließen zu lassen. ■

Luca Schaufelberger,
Hannah Schoch + Alexandra Zingg
REATCH

Gute Dienste 2.0 für die Welt

Die Schweiz braucht mehr Krisenkompetenz, ja die Welt braucht mehr Krisenkompetenz. Wir leben in einer Zeit der sich überlagernden Krisen unterschiedlichster Ausprägung, die eines gemeinsam haben: Die meisten Krisen sind länderübergreifend. Um als Schweiz und als Welt in den aktuellen und kommenden Krisen bestehen zu können, brauchen wir eine international koordinierte Krisenbekämpfung. In dieser herausfordernden Situation kann und soll die Schweiz eine Führungsrolle übernehmen, Gute Dienste 2.0 anbieten. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Vermittlerin weiss sie, wie man unterschiedliche Akteur:innen an einen Tisch bringt und

die jeweils aktuellen Bedürfnisse zugeschnittene Krisenbekämpfungstoolbox zuhanden der Staaten ausarbeiten. So können wir nationale Kreativität, föderalistische Erfahrung und internationale Zusammenarbeit verbinden, um die Handlungsfähigkeit in Krisen zurückzugewinnen. Gouverner, c'est prévoir, Krisenkompetenz, c'est agir. Handeln wir jetzt, bevor wir in der Akutphase der nächsten Krise gefangen sind. ■

Gouverner, c'est prévoir, Krisenkompetenz, c'est agir.

zu Kooperation bewegt. Dabei kann die Schweiz auf gute Risk-Management- und Foresight-Fähigkeiten der Privatwirtschaft bauen, die konzeptionell gelungene «mind the gap»-Strategie der Bundesverwaltung neu denken und auf eine aktive und innovative Zivilgesellschaft zurückgreifen. Die globale Krisenbewältigung braucht kleine Foren und flexible, adaptierbare Lösungen, eine Art «mind the crisis»-Strategie. Denkbar wäre eine ständige Infrastruktur aus Ort, Team und Prozessen für Ad-hoc-Gremien mit wechselnden Vertreter:innen von Ländergruppen und Expert:innen, die eine, auf

Julian Kindlimann, Fabian Dalbert,
Isabel Knobel + Anna-Lina Müller
FORAUS

Die Politik sollte Grossunternehmen demokratisieren

Aktuell spitzen sich die vielfältigen Krisenprozesse zu, verhaken sich ineinander und manifestieren sich immer deutlicher als eine für das Leben auf dem Planeten Erde existenzielle Systemkrise: Der globale Kapitalismus, die profit- und wachstumsgetriebene Wirtschaft, ist nicht zukunftsfähig. Es braucht dringend auf das Ganze zielende Veränderungen. Es braucht mehr demokratische Mitsprache und Kontrolle. Vor diesem Hintergrund ist die aus den Krisen geborene Renaissance von Gewinnsteuern, Verstaatlichungen, Regulierungen und gross angelegten Förderprogrammen eine Chance. Heute werden Kernelemente wirtschaftsdemokratischer Programmatik zur wirtschaftspolitischen Realität – daran gilt es anzuknüpfen.

und Voraussetzung einer erfolgreichen Krisenbewältigung. Die Devise lautet: verhindern, dass die sozialen und ökologischen Probleme, die in einer kapitalistischen Wirtschaft laufend verursacht werden und dann im Nachhinein gelöst werden müssen, überhaupt erst entstehen. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe, Grossunternehmen, die viel zu oft als Problemverursacher und Krisentreiber in Erscheinung treten, vom Profitzwang des Kapitals zu befreien und sie zu problem-lösenden gesellschaftlichen Institutionen zu machen: Grossunternehmen als demokratische Service-public-Akteure. Politische Regulierungsansätze wie die Konzernverantwortungsinitiative sind ein Weg dazu.

Ein anderer, ergänzender Weg ist die Demokratisierung von Entscheidungsmacht in Unternehmen. Dabei kommt der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Mitarbeitenden und Gewerkschaften grosse Bedeutung zu. Aber auch die Beteiligung externer Stakeholder – etwa Anwohner:innen, Lieferant:innen oder Umweltaktivist:innen – an strategischen Entscheidungen gilt es, ins Auge zu fassen. Im «demokratischen Musterland» Schweiz gibt es hier, auch im internationalen Vergleich, grossen Handlungsbedarf. Es ist vor allem an den Gewerkschaften und den linken Kräften im Parlament, diesen Handlungsbedarf in konkrete politische Forderungen und Kampagnen zu übersetzen. ■

Die bürgerliche Demokratie war von Beginn weg eine «halbierte Demokratie».

Die bürgerliche Demokratie war von Beginn weg eine «halbierte Demokratie», in der die wirtschaftliche Sphäre vom demokratischen Ideal ausgenommen und weitgehend der Verfügungsgewalt des Kapitals überlassen war. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist heute der entscheidende nächste Schritt in der Weiterentwicklung der Demokratie –

Pascal Zwicky
DENKNETZ

5 — DEMOKRATIEMÜDIGKEIT



Die langjährige politische Stabilität der Schweiz hat zu Gewöhnung geführt. Die Beteiligung liegt bei nationalen Wahlen kaum mehr über 50 Prozent, an Volksabstimmungen nehmen oft über 40 Prozent der Berechtigten nicht teil. Die Gewöhnung an Stabilität ohne Partizipation lässt viele Menschen sich von Politik abwenden. Die Empfänglichkeit für Anleitung und Führung steigt.

Junge Menschen erkennen den Mehrwert von Demokratie nicht mehr auf ersten Blick. Exponent:innen aus Wirtschaft wie Politik verklären angesichts von Klimawandel oder Covid-Pandemie autoritäre Systeme als überlegen und effizient. Wie kann das Desinteresse an der Demokratie überwunden werden? Wie kann der Wert der Demokratie neu erzählt werden?

DENKNETZ
Die Politik muss den Menschen etwas zutrauen
S. 21

FORAUS
Futures Literacy gehört in die Grundschulbildung
S. 22



Die Demokratie verschafft der Bevölkerung zu wenig Befriedigung

Die Politik muss den Menschen etwas zutrauen

Wir leben in einer Zeit zunehmender Unsicherheiten und Bedrohungen. Das erzeugt Ängste, individuell wie kollektiv. Diese Ängste, aber auch Emotionen wie Empörung, Ressentiment oder Verbitterung sind der Treibstoff populistischer Politik. Während die traditionelle, «vernunftgeleitete» Politik individuelle Erfahrungen und damit verbundene Gefühle meist vernachlässigt, werden sie durch Populist:innen ganz gezielt kanalisiert und instrumentalisiert. Lösungen, um die

und/oder verschwörungstheoretisch einzulullen, sie zu manipulieren, Wahrheiten zu verschleiern.

Um die Angst vor einer für die Menschheit existenziellen Bedrohung wie der Klimaerhitzung in Schach halten zu können, muss man den Menschen ermöglichen, sich ein realistisches Bild davon zu machen, was den Bedrohungen zugrunde liegt und was alles unsicher ist. Nur wer Kontrolle über die eigenen Emotionen (wieder)erlangt, kann sich die Welt aneignen, sie aktiv verändern. Nicht nur Expert:innen oder Medien müssen sagen, was ist. Es gehört auch zu den wesentlichen Aufgaben der Politik, es ist gerade heutzutage ein Kernbestandteil einer «guten Regierungsführung». Sagen, was ist: Das bedeutet, dass auch unbequeme Wahrheiten auf den Tisch müssen. Zweimal täglich Fleisch, ein SUV (auch mit Elektromotor), mehrmals pro Jahr mit dem Flugzeug ans Meer oder zum Städtetrip. Sorry, das geht nicht. Aber noch viel wichtiger ist es, die strukturellen respektive systemischen Ursachen und Ungerechtigkeiten (die Macht und das verant-

Nur wer Kontrolle über die eigenen Emotionen (wieder)erlangt, kann sich die Welt aneignen.

gesellschaftlichen Mechanismen und Strukturen zu verändern, die diese negativen Emotionen verursachen, liefern populistische Kräfte im Normalfall aber keine. Sie wollen die Welt nicht gestalten und zukunftsfähig umbauen, sondern geben sich mit einer «Demokratie der Ablehnung und Verschwörung» (Pierre Rosanvallon) zufrieden. Gegner:innen werden immer aggressiver dämonisiert, die Demokratie erfährt im schlimmsten Fall eine autoritäre Umformung (Stichwort: Trumpismus, Bolsonarismus). Was ist die Alternative? Berechtigte Ängste, Emotionen, individuelle Erfahrungen müssen von der Politik tatsächlich ernst genommen werden, ja. Die demokratische Wette besteht aber darin, den Menschen einen verantwortungsbewussten Umgang mit den anstehenden Herausforderungen zuzutrauen, statt sie populistisch

wortungslos Verhalten von Konzernen und Superreichen; die Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen globalem Norden und Süden; aber auch das Versagen und Heucheleien politischer Akteure) klar zu benennen und mit Nachdruck – und der nötigen Hartnäckigkeit – für einen wirklichen Wandel einzustehen. Kein Wandel von oben herab, ein Wandel mit den Menschen.

In einer Demokratie, die den Menschen etwas zutraut, wird Vertrauen aufgebaut – und das ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Umgang mit den Krisen. ■

Pascal Zwicky
DENKNETZ

Futures Literacy gehört in die Grundschulbildung

Viele junge Menschen fühlen sich ohnmächtig gegenüber den grossen Herausforderungen unserer Zeit. Da unsere Demokratie unfähig oder zu langsam scheint, wird die Zukunft als determiniert und negativ behaftet wahrgenommen. Desillusioniert wenden sich die Jungen ab. Das schwächt unsere Demokratie. Es ist an der Zeit, neu über die Zukunft nachzudenken. Futures Literacy beschreibt die Fähigkeit, sich vielfältige und multiple Zukunftsvisionen vorzustellen und die Zukunft als Objektiv zu nutzen, durch die wir die Gegenwart neu betrachten. Dabei werden nicht nur gemeinsame Zukunftsziele definiert, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen entworfen, wie diese Zukunftsversionen erreicht

Wenn eine positive Zukunft zur Möglichkeit wird, erhöht sich die Beteiligung an der Demokratie.

werden können. Wir schlagen vor, die Futures Literacy als Kompetenz in die Grundschulbildung zu integrieren. Nicht als eigenes Schulfach, vielmehr als grundlegende Methodik über Fächer hinweg. Beispielsweise könnte in Biologie eine Zukunft der Biodiversität skizziert werden – mit konkreten

Schritten, um diese zu erreichen. Das frühe Erlernen von Futures Literacy hilft, unsere Zukunft nicht als vorherbestimmt wahrzunehmen, sondern kollektiv neu darüber nachzudenken, was für eine Welt wünschenswert ist. Sie «empowert», die nötigen Schritte anzupacken. Dies wirkt sich sowohl direkt wie auch indirekt positiv auf die Demokratie aus. Wenn eine positive Zukunft zur Möglichkeit wird, erhöht sich erstens die Beteiligung an der Demokratie. Zweitens wird der politische Diskurs belebt und die Demokratie dynamischer, was wiederum langfristig die Partizipation anregt. ■

Julian Kindlimann, Fabian Dalbert,
Isabel Knobel + Anna-Lina Müller
FORAUS

UND JETZT ?

Die hier beteiligten Think-Tanks und Foresight-Organisationen haben nach ihrem ersten Arbeitspapier zur Klimakrise nicht zufällig die Demokratie als nächstes gemeinsames Thema gewählt. Klar und beunruhigend zeigt sich: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wird auf die Probe gestellt – von autoritären Kräften, aber auch von Ausschluss, Zukunftsangst und Desinteresse.

Im vorliegenden Arbeitspapier «Baustelle Demokratie» geht es nicht einfach um Resilienz, um die Verteidigung der Demokratie. Die hier versammelten Ideen denken Demokratie in die Zukunft. Ob ein Grundrecht auf Einbürgerung oder eine humanitäre Schweizer Cloud, ob ein Krisennetzwerk der Wissenschaften oder eine politisch forcierte Demokratisierung der Unternehmen: Hier werden Aspekte der Demokratie über das Heute hinaus entwickelt.

Die Zukunft lässt sich vielfach denken. Dieses Papier präsentiert eine gemeinsame Analyse, aber unterschiedliche Ideen, was daraus entstehen könnte. Die Autor:innen imaginieren verschiedene Zukünfte. Zukunftskompetenz ist nicht die Fähigkeit, die kommende Zeit exakt zu kennen und vorherzusagen. Es geht darum, mögliche Wege nach vorn aufzuzeigen, sie zu ermöglichen und manchmal zu vermeiden.

Krisen gehen dann mit einem Gefühl der Lähmung einher, wenn Lösungen nicht mehr vorstellbar sind. Wir als Gesellschaft brauchen Vorstellungsvielfalt, um für die Herausforderungen der kommenden Jahre gerüstet zu sein. Die hier versammelten Organisationen nehmen ihre im Dialog entwickelten Ideen mit. Mögen auch Entscheidungsträger:innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft inspiriert sein. ■

Die beteiligten Think-Tanks und Foresight- Organisationen

Avenir Suisse erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz. Dreh- und Angelpunkt der Arbeit von Avenir Suisse ist die langfristige Erhaltung und Weiterentwicklung der Prosperität der Schweiz.

Niedergelassene Ausländer:innen brauchen politische Teilhabe

Die Schweiz muss das Zusammenspiel von Kantonen und Bund optimieren

Wahrscheinlichkeitsrechnung für alle

avenir suisse

Das Denknetz ist ein unabhängiger sozialkritischer Think-Tank, der vor allem durch seine rund 1700 Einzelmitglieder finanziert wird und vom Engagement dieser Mitglieder lebt. Das Denknetz ist den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität verpflichtet. Es versteht sich als eine Plattform für Debatten rund um einen sozial-ökologischen Wandel – und organisiert dazu Veranstaltungen, gibt Bücher und eine Zeitung heraus, veröffentlicht Online-Texte und produziert Videos und Audios.

Wir brauchen ein Mediensystem, das den demokratischen Diskurs fördert

Die Politik sollte Grossunternehmen demokratisieren

Die Politik muss den Menschen etwas zutrauen



Das Dezentrum ist ein Think & Do Tank für Digitalisierung und Gesellschaft. Dezentrum forscht, sensibilisiert und gibt Anstösse für Innovation. Dabei arbeitet Dezentrum mit Universitäten, internationalen Allianzen sowie dem öffentlichen und privaten Sektor. Immer mit dem gleichen Ziel: Eine digitale Transformation, die der Gesellschaft dient.

Wir Stimmbürger:innen brauchen globale Teilhabe

Wir brauchen ein Mediensystem, das den demokratischen Diskurs fördert



foraus – Forum Aussenpolitik publiziert als unabhängiger Think-Tank wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen in Form von Diskussionspapieren, Kurzanalysen sowie Blogposts. foraus basiert auf einem Grassroots-Modell und bietet mit seiner Plattform jungen Talenten einen Zugang zur öffentlichen Debatte. Über 120 Ehrenamtliche engagieren sich bei foraus und prägen so konstruktiv die Schweizer Aussenpolitik mit.

Die Schweiz sollte über eine neutrale, humanitäre Cloud für die Welt nachdenken

Die Schweiz muss von dynamischeren, digitalen Demokratien lernen

Gute Dienste 2.0 für die Welt

Futures Literacy gehört in die Grundschulbildung



Das Gottlieb Duttweiler Institut (GDI) ist ein unabhängiger Think-Tank in Wirtschaft, Gesellschaft und Konsum. Das Trendforschungsinstitut mit Sitz in Rüslikon bei Zürich ist die älteste Denkfabrik der Schweiz. Gemäss Auftrag ihres Stifters Gottlieb Duttweiler soll die Non-Profit-Organisation ein «Ort der Besinnung und Begegnung» sein, mit dem Ziel, «wissenschaftliche Forschung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet» durchzuführen.

Mit Europa für ein
offenes Internet

GDI GOTTLIEB DUTTWEILER
INSTITUTE
ECONOMIC AND SOCIAL STUDIES

Das Institut Neue Schweiz INES ist ein Think & Act Tank mit Migrationsvordergrund auf der Schnittstelle von Wissensproduktion, öffentlichem Diskurs und politischem Handeln, der darauf abzielt, gesellschaftliche Veränderungen sowohl zu verstehen als auch mitzugestalten. In diesem Sinne entwickelt INES Projekte, die auf transformative Weise Fragen der Migration, Vielfalt und Teilhabe in der Schweiz behandeln und dadurch Teilhabegerechtigkeit und Demokratisierung in der Schweiz fördern.

Die Schweiz braucht ein
Grundrecht auf Einbürgerung

INES INSTITUT NEUE SCHWEIZ
INSTITUT NOUVELLE SUISSE
ISTITUTO NUOVA SVIZZERA

Reatch ist die unabhängige Ideenschmiede für kritische Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsbegeisterte in der Schweiz. Reatch fördert eine wissenschaftsfreundliche Kultur, in der Wissenschaft, Gesellschaft und Politik am gleichen Strang ziehen. Damit die besten Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen entstehen können.

Wissenschaftliche Evidenz muss
zugänglicher sein

Wir brauchen ein föderales
Krisennetzwerk
der Wissenschaften

Reatch

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG wurde 1810 gegründet und unterstützt seither armutsbetroffene Personen und Familien in der Schweiz. Sie setzt sich für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ein und fördert die Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Im Jahr 1860 schenkte die SGG der Eidgenossenschaft das Rütli, verwaltet es seither und organisiert dort jeweils am 1. August die Bundesfeier.

Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
Société suisse d'utilité publique
Società svizzera di utilità pubblica
Societad svizra d'utilitad publica

Die gemeinnützige Stiftung Mercator Schweiz setzt sich für eine offene, solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ein, die allen Menschen gerechte Chancen und Möglichkeiten zur Mitgestaltung bietet.

**Stiftung
Mercator
Schweiz**

Disclaimer: Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschliesslich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright: Die Inhalte dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte liegen bei den Autor:innen.

Veröffentlicht im Januar 2023.

Redaktion: David Hesse und Andreas Müller

Gestaltung: Bill Schulz, Zürich

Moderation Workshop: Ivo Nicholas Scherrer, Meso

Bezug und Kontakt:
info@stiftung-mercator.ch und
info@sgg-ssup.ch

S. 1: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Stiftung Luftbild Schweiz / Fotograf: Swissair; ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv S. 3: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Baumann, Heinz S. 8: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Comet Photo AG (Zürich) S. 12: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Kammerhuber, Gerhard S. 16: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv (2) S. 20: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Baumann, Heinz; ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Lanz, Christian S.27: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Baumann, Heinz

